21. Wann ist eine Urkunde „amtlich anvertraut“ im Sinne des §. 348 Abs. 2 St.G.B.'s? Schulzenamtliches Ursprungsattest.

IV. Straffenat. Ur. v. 23. September 1884 g. B. Rep. 1771/84.

I. Strafkammer bei dem Amtsgerichte Schrimm.

Auß den Gründen:

Nach den Feststellungen des angefochtenen Urtheiles hat der Ortsschulze B. am 23. August 1883 dem Tagearbeiter T. für den Transport einer Kuh von Maslowo nach Dolzig ein Ursprungsattest mit dreitägiger Gültigkeit ausgestellt, welches an demselben Tage von dem Distriktskommissarius zu Dolzig bestätigt worden ist. T. verkaufte die Kuh am 23. August in Dolzig nicht und schickte das Attest am 27. August durch seine Ehefrau zu B. mit dem Ersuchen, ihm zum Zwecke des Transportes derselben Kuh zu dem am 28. August in Santomischel stattfindenden Jahrmarkte entweder ein neues Attest zu erteilen oder das alte zu ändern. B. änderte darauf das alte Attest in der Weise, daß er statt des Wortes „Dolst“, welches er ausstrich, das Wort „Zanmysla“ und statt der Zahl „23“, welche er ebenfalls ausstrich, die Zahl „28“ auf das Attest setzte, und zwar diese letztere Zahl auch in dem Bestätigungsvermerke des Distriktskommissarius. Von dem so geänderten Atteste machte alsdann T. am 28. August 1883 auf dem Markte zu Santomischel Gebrauch.

Der Vorderrichter nimmt hiernach an, daß B. in seiner Eigenschaft als Beamter eine öffentliche Urkunde verfälscht hat. Er verurteilt jedoch den B. nicht in Gemäßheit der Anklage wegen eines Vergehens gegen den §. 348 Abs. 2 St.G.B.'s, sondern nur wegen Beihilfe zu dem von T. verübten Vergehen gegen die §§. 270. 328 St.G.B.'s, indem er davon ausgeht, daß die verfälschte Urkunde dem B. weder amtlich anvertraut noch amtlich zugänglich gewesen sei, da die Hingabe derselben an B. nicht infolge eines besonderen in ihn gesetzten Vertrauens, sondern nur zu dem ganz vorübergehenden Zwecke der an der Urkunde vorzunehmenden Veränderung erfolgt, diese Veränderung auch alsbald vorgenommen und die Urkunde darauf sogleich zurückgegeben worden sei.

Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision wirft der Strafkammer vor, bei der Verurteilung des B. den §. 348 Abs. 2 St.G.B.'s durch Nichtanwendung verletzt zu haben, weil eine Urkunde im Sinne des Gesetzes amtlich anvertraut sei, sobald sie amtlich in den Gewahrsam des Beamten gelangt ist.

Allein dieser Vorwurf erweist sich als unbegründet. Denn das Wort „Anvertrauen“ ist keineswegs gleichbedeutend mit dem Worte „Übergeben“. Es drückt vielmehr nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauche aus, „daß einem anderen eine thatsächliche Verfügungsgewalt unter dem Vertrauen eingeräumt wird, er werde seine Gewalt nur im Sinne des Einräumenden gebrauchen.“

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 4 S. 386.

Andererseits hat die Strafvorschrift des §. 348 Abs. 2 St.G.B.'s, wie das Reichsgericht wiederholt ausgesprochen hat, ihren Grund nicht sowohl in der Rücksicht auf das Beamtenverhältnis im allgemeinen, als vielmehr in dem Verhältnisse, welches der Beamte zu einer bestimmten Urkunde hat, und welches ihm die Vertrauenspflicht auferlegt, für die Erhaltung der Existenz, Gebrauchsfähigkeit und materiellen Richtigkeit der Urkunde zu sorgen.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 1 S. 162, Bd. 7 S. 257, Bd. 8 S. 196.

Mit diesen Grundsätzen befindet sich das angefochtene Urteil im Einklange. Nach den Feststellungen desselben hatte der Angeklagte B. eine amtliche Veranlassung, das Ursprungsattest vom 23. August 1883, dessen Gültigkeit erloschen war, in seinen Gewahrsam zu nehmen, überhaupt nicht. Er that dies vielmehr nur in Folge Ersuchens der Ehefrau L. und gab dieser das ihm eingehändigte Attest zurück, nachdem er dem Ersuchen entsprechend die gewünschte Änderung vorgenommen hatte. Danach konnte die Vorinstanz ohne Rechtsirrtum annehmen, daß dem B. die Verletzung einer besonderen Vertrauenspflicht bezüglich der Entgegennahme und Aufbewahrung von Urkunden weder dem Staate noch der Ehefrau L. gegenüber zur Last fällt, und daß deshalb der §. 348 Abs. 2 St.G.B.'s gegen ihn nicht zur Anwendung kommen kann.